Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 72 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 30. März | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Deutschland hat die Einladung Englands zu einer Viermächtekonferenz zur Beratung der Donaubundfrage angenommen.

* Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat Vorschläge gemacht zur Senkung der Gemeindetarife.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat seine erste fahrplanmäßige Südamerikareise beendet.

Fangball hinter den Kulissen.

Eigentlich liegen die Dinge außerordentlich einfach: Die ganz unhaltbar gewordene Wirtschaftslage in den Staaten längs der Donau soll endlich praktisch, in der Hauptsache durch handels- und zollpolitische Maßnahmen aus der Erstarrung und Vereisung aufgetaut werden, in der sie sich seit den drei, vier Jahren ausgesprochenster Agrarkrise befindet. Es kommt also darauf an, die Erzeugung und den Export dieser Länder wieder aufzulockern und letzterem einen wirtschaftlich vernünftigen Ausweg nach Westen in die Länder des agrarischen Zuschußbedarfs zu öffnen, und zwar in gemeinsamem Vorgehen. Damit werden dann diese Donaustaaten endlich auch wieder aufnahmefähiger für den Export der westlichen Industriestaaten. Man kann sogar hoffen, daß die dortige Bevölkerung — zum mindesten die der ehemaligen „Balkanstaaten" — aus ihrer bisherigen Bedürfnislosigkeit herausgeführt und dadurch dort unten auch eine relative Stärkung der industriellen Absatzmöglichkeiten erzielt wird. Denn man kann den Südosten Europas noch in großem Umfange als „industriellen Kolonialboden" bezeichnen.

Darüber ist nun seit drei, vier Jahren auf den internationalsten Konferenzen hin und her geredet worden. Auch über die kreditpolitische Organisierung der wirtschaftlich notwendigen Auflockerungsmaßnahmen. Geschehen ist nichts. Oder vielmehr: Es geschah sehr viel. Alles nämlich, um die zoll- und handelspolitischen Hemmnisse zwischen den Donaustaaten zu erhöhen und zu verbreitern. Die jetzt bis westlich Wien reichende „Balkanisierung" Europas gewann wirtschaftlich ein immer tolleres Aussehen, — was zur natürlichen Folge hatte, daß die sich erbittert Bekämpfenden nur noch lauter „röchelten", die Krise bergeshoch anstieg und damit auch die Absatzmöglichkeiten für die westliche — und natürlich auch die einheimische — Industrie zu einem Minimum einschrumpfen ließ. Was von deren Erzeugnissen mit heller Freude entgegengenommen wurde, waren nur — die deutschen Sachlieferungen. Die kosteten nichts. Und die französischen Kredite. Die kosteten viel, aber es wurde auch viel daran verdient!

Wenn also Macdonald als erster sich diesem Fragenknäuel an der Donau zuwandte, dann trieben ihn nur wirtschaftliche Gründe: Industrielle Absatzwünsche. Da aber hat sich auch noch von Paris aus die Politik hineingemischt, und wenn erst die Diplomatie ihre Hände irgendwo hineinsteckt, dann wird selbst das Einfachste rasch überaus kompliziert. Ein paar Akte dieser politisch-diplomatischen Komödie, deren Regisseur Herr Tardieu war und ist, liegen schon hinter uns und „das Unbeschreibliche, hier ist's getan", — die Einfachheit des wirtschaftlichen Gedankens scheint sich doch durchzusetzen, das politische Spiel der französischen Diplomatie mit ihrer antideutschen Einstellung doch zu scheitern.

Macdonald hat unmittelbar vor Ostern zu einer Viermächtekonferenz über die zu planenden Maßnahmen eingeladen. Nach London für Anfang April. Tardieu hatte bei den ersten Londoner Andeutungen von diesem Vorhaben Macdonalds schnell eine englisch-französische Sonderbesprechung daraus machen und die Konferenz der vier Mächte auf die Wiedereröffnung des Abrüstungskongresses in Genf verschieben wollen. Daran hält er auch jetzt noch fest, will zwar selbst nach London gehen, aber die italienischen und deutschen Vertreter sollen zu Haus bleibe; mit ihnen will er sich dann erst am 11. in Genf treffen. Dieses Intrigenspiel Tardieus fügt sich würdig den früheren Akten an. Sein Plan ist gerade umgekehrt: Erst sollen die Donaustaaten unter französischer Patronanz sich verständigen und dann die drei anderen Mächte ihre Zustimmung zu dem im Donaubecken Geplanten geben; am liebsten wäre Herrn Tardieu natürlich dabei die Beschränkung auf England und die Ausschaltung des als Nachbar viel unmittelbarer interessierten Deutschlands. Und nun hatte man von Paris aus offen durchblicken lassen, daß nicht ein gleichzeitiger Abmarsch der vier Mächte erfolgen, sondern erst einmal eine Sonderkonferenz des französischen Ministerpräsidenten nebst seinem Kollegen von der Finanz in London stattfinden würde. Dazwischen fuhr nun die Gesamteinladung durch Macdonald. Man hofft nun in Paris bloß, daß man die Engländer doch noch herumkriegen oder daß Dr. Brüning und der italienische Außenminister irgendwie verhindert sind, zum nächsten Wochenende nach London zu kommen.

Daß der Deutsche Reichskanzler mit dem Wahlkampf bis zum 10. April eine eifrige Werbetätigkeit angekündigt hat und beabsichtigt, ist ja bekannt. Aber er wird jetzt nun sehr genau überlegen müssen — unter Berücksichtigung der allernächsten Entwicklung dieses diplomatischen Spiels —, ob nicht die persönliche Behandlung jener außenpolitischen Aufgabe dringlicher ist als die des innenpolitischen Wahlkampfes. Er ist ja auch deutscher Außenminister. Allerdings ist das politische Gespinst um diesen ganzen Plan der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung der Donaustaaten so verwickelt und verworren, daß die von den Diplomaten „gelenkten" Völker einzelnes kaum noch erkennen. Es bleibt ihnen allerdings unbenommen, mit einigem Recht die Köpfe zu schütteln. Und ernsthaft zu befürchten, daß die Politiker wieder einmal aus wirtschaftlichen Nöten ein Fangballspiel hinter den Kulissen machen.

Englands Einladung

Vier Mächte oder vier Augen?

Deutschlands und Frankreichs Donaupläne.

Die deutsche Regierung hat die englische Aufforderung, an einer Viermächtekonferenz zur Besprechung der Donaubundfrage teilzunehmen, grundsätzlich angenommen. Nach der Einladung Macdonalds soll die Konferenz in der Zeit vom 4. bis 9. April stattfinden.

Der Vorschlag der englischen Regierung an Deutschland, Frankreich und Italien, zu einer Konferenz über die Angelegenheit der Donaustaaten zusammenzutreten, wird in Berliner politischen Kreisen warm begrüßt. Aufgabe und Sinn der Konferenz, so wird erklärt, werde sein, die Vorschläge der vier Mächte zu untersuchen und die Gegensätze zu beseitigen, um festzustellen, auf welchem Wege den Donaustaaten am besten wirtschaftlich zu helfen sei.

*

Die Einladung Englands bezweckt wohl vor allem, dem Donaubundplan Tardieus den politischen Stachel zu nehmen, den Frankreich diesem Projekt, das nur von rein wirtschaftlichem Standpunkt aus betrachtet und erledigt werden darf, gegeben hat. Diese Art der Behandlung ohne Deutschland wäre ein wirtschaftlicher Unsinn, aber Frankreich hat seine politischen Absichten so wenig zu verschleiern gewußt, daß es zunächst die Initiative Deutschlands zu einem Zusammengehen der mitteleuropäischen Länder in zollpolitischer Hinsicht mit dem Beginn einer deutsch-österreichischen Zollunion zerschlagen hat, um sein politisches Projekt unter Ausschaltung Deutschlands an seine Stelle zu setzen. Die Einladung Englands zieht nun Deutschland sehr vernünftigerweise wieder in den Kreis der Beratung, aber sehr gegen den Willen Frankreichs. Tardieu versucht anscheinend noch vor der Zusammenkunft der vier Mächte in einer Besprechung unter vier Augen Macdonald für seine Pläne gefügig zu machen. Aber solche politischen Besprechungen zu zweien haben noch nie glückliche Ergebnisse gezeitigt. Erinnert sich Herr Tardieu nicht an die Reisen seines Vorgängers im Amt Laval nach London, Washington und Berlin, bei deren „vertraulichen" Besprechungen und „persönlichen" Fühlungnahmen herzlich wenig herausgekommen ist? Was Tardieu Macdonald über seinen Donaubund zu sagen hat, kann er, wenn es nicht das Licht des Tages zu scheuen braucht, ihm auch in der großen Konferenz mitteilen. Solche Geheimniskrämereien vergiften nur von vornherein die Atmosphäre der Konferenz und säen Mißtrauen, wo volles gegenseitiges Vertrauen nötig ist, soll überhaupt ein wirtschaftlich brauchbares Resultat zustande kommen. Also: Vier-Mächte-Konferenz ohne Vier-Augen-Getuschel!

*

Österreichischer Ministerbesuch in Berlin.

Das Donauprojekt wird besprochen.

Der österreichische Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß wird sich in Begleitung des Vizekanzlers Winkler nach Berlin begeben, wo er am Donnerstag zu Beratungen über wirtschaftlich-technische Einzelheiten der handelspolitischen Beziehungen erwartet wird. Bei dieser Gelegenheit wird auch die technische Seite der durch das Donauprojekt angeschnittenen Fragen behandelt werden.

Viermächtekonferenz gefährdet.

London versucht Pariser Widerstand vorher zu beseitigen.

Die englische Regierung hat dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu eine amtliche persönliche Einladung übersandt, zu einer Besprechung mit Macdonald und anderen englischen Ministern nach London zu kommen. In der Einladung wird als Zweck der Besprechungen die

Erörterung wirtschaftlicher Fragen der Donauländer

angegeben. Englischerseits ist der kommende Montag als Tag der Zusammenkunft angeregt worden.

Aus der Fassung der englischen Einladung geht hervor, daß Macdonald lediglich die Donaufrage auf das Programm gesetzt hat. Sollte Tardieu den Wunsch haben, auch andere, beide Länder interessierende Verhandlungsgegenstände zur Erörterung zu stellen, so soll ihm die Initiative hierzu überlassen bleiben.

Die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Mächte scheint durch den Besuch Tardieus eine Verschiebung zu erfahren. London legt Wert darauf, daß die Zusammenkunft baldmöglichst nach der Aussprache Tardieu—Macdonald in London stattfindet. Eine Zusammenkunft in Genf, wie sie von Paris gewünscht wird, wird in London nicht für wünschenswert gehalten, da dort die Gefahr bestehe, daß auf französische Initiative hin die Donaumächte vorzeitig zu den Verhandlungen hinzugezogen werden könnten. Das sei nach englischer Auffassung untunlich. Es ist die Ansicht Englands, daß außer dem Tardieu-Plan

auch andere Donaupläne

erörtert werden müßten. Das Schicksal der Zusammenkunft der Vertreter der vier Großmächte wird wesentlich von dem Ergebnis der Aussprache zwischen Tardieu und Macdonald abhängen. In politischen Kreisen werden bereits Zweifel geäußert, ob es Macdonald gelingen werde, gegenüber dem Widerstand Tardieus die Viermächtekonferenz zustande zu bringen.

*

Amtliche Mitteilung über Tardieus London-Reise.

Noch Ungewißheit über die Donau-Konferenz.

Der Quai d'Orsay veröffentlicht am Dienstagabend folgende amtliche Verlautbarung:

„Ministerpräsident Tardieu wird sich am Sonntagnachmittag nach London begeben, um der Einladung Folge zu leisten, die er Anfang März von der englischen Regierung erhielt und die er sofort für die ersten Tage des Monats April angenommen hatte. Der Ministerpräsident wird auf seiner Reise von dem französischen Finanzminister Flandin begleitet sein. Was die Zusammenkunft der vier Großmächte angeht, die die Einladung an die fünf Donaustaaten zum Zwecke einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen ausarbeiten soll, so ist die augenblickliche Lage folgende:

Grundsätzlich ist diese Zusammenkunft einstimmig angenommen worden. Die Ungewißheit über die materiellen Möglichkeiten, in der sich diejenigen Regierungschefs und Minister befinden, die daran teilnehmen müssen, ließ die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes noch nicht zu. Ministerpräsident Tardieu hat am 24. März auf ein Schreiben vom 22. dem englischen Außenminister Sir John Simon geantwortet, daß er mit der Zusammenkunft einverstanden sei. Dieses Einverständnis war um so selbstverständlicher, als die französischen Vorschläge, die in der Denkschrift niedergelegt sind, ebenfalls eine vorherige Verständigung der vier Großmächte über den Text der den Donaustaaten zuzustellenden Einladung vorgesehen hat. Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin werden den Montag dazu benutzen, um mit ihren britischen Kollegen zu verhandeln. Sie werden am Dienstagvormittag wieder in Paris zurück sein."

Kurze politische Nachrichten.

Nach dem Ausweis der Reichsbank sind in der dritten Märzwoche an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 110,8 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die fremden Gelder zeigen mit 491,5 Millionen Mark eine Zunahme um 147 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,7 Millionen auf 1019,3 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,4 Prozent gegen 24,8 Prozent in der Vorwoche.

*

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat April 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Devisengenehmigungen nur bis zur Höhe von 55 Prozent in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverbindlichkeiten werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten und die Ausnutzung der Kreditlinien des Stillhalteabkommens verwiesen.

*

Der Vizeadmiral a. D. Exzellenz Robert Mischke ist im Alter von 67 Jahren auf Burg Lahneck gestorben. Während des Krieges war Vizeadmiral Mischke Chef der Küstenschutzdivision an der Ostsee.

*

Das britische Schatzamt hat die vorletzte Rate des 200-Millionen-Dollar-Kredits in Höhe von 30 Millionen Dollar an Amerika zurückgezahlt. Die letzte Rate in Höhe von 20 Millionen Dollar wird am 5. April gezahlt werden. Damit wird dann der gesamte 200-Millionen-Kredit, den England in der Zeit der Krise von den amerikanischen Bankiers erhalten hat, zurückgezahlt sein.

*

In einer Konferenz der griechischen Regierung mit den Parteiführern wurde beschlossen, daß die Regierung Venizelos weiter im Amte verbleibt. Gleichzeitig hat die Regierung die internationale Finanzkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß Griechenland ab 1. April die Tilgung der Auslandsschulden einstellen und die Zinsenzahlung anstatt in Goldpfunden nunmehr nur noch in Papierpfunden leisten wird.

Gemeindetarife sollen gesenkt werden.

Eine Aufforderung des Preiskommissars.

Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar

für Preisüberwachung die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthöfe sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und Siechenheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Reklame- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Tankstellen. Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundsätze im einzelnen genau geregelt ist, entstehen.

Da es bei den ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den rückgängigen Steuereingängen vollkommen ausgeschlossen erscheint, daß in einer Gemeinde sämtliche für eine Nachprüfung in Betracht kommenden Anstalten ihre Gebühren und sonstigen Entgelte senken können, lassen die Grundsätze es zu, die Ersparnisse innerhalb der Verwaltung zusammenzuziehen und zu besonders kräftiger Senkung an einzelnen Stellen, je nach den Bedürfnissen des einzelnen Ortes, zu verwenden. Von zahlreichen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sind bereits entsprechend diesen grundsätzlichen Mitteilungen Senkungen vorgenommen worden.

Für eine zentrale Einfuhrregelung.

Vor wichtigen Verhandlungen der Industrie mit der Regierung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie wird in den nächsten Tagen dem Reichskanzler Dr. Brüning bestimmte Vorschläge über die künftige Gestaltung der deutschen Einfuhr unterbreiten.

Aus dem Rückgang des deutschen Ausfuhrüberschusses ist man zu der Ansicht gekommen, daß die jetzige Devisenlage Deutschlands einen bestimmten Devisenbestand zur Sicherung der deutschen Ernährung, des notwendigen Rohstoffbezuges und der Verpflichtungen aus dem Kapitaldienst notwendig mache. Die Handelspolitik müßte daher auf das devisenpolitische Ziel der Schonung des Devisenvorrates abgestellt werden.

Es wäre eine zentrale Regelung der Einfuhr mit gleichzeitiger Festsetzung von autonomen Warenkontingenten anzustreben. Die Maßnahmen sollen so elastisch wie möglich getroffen werden, damit eine spätere schnelle Rückbildung zur freien Wirtschaft möglich bliebe.

Am Donnerstag wird sich der handelspolitische Ausschuß des Reichsverbandes endgültig über die der Reichsregierung zu machenden Vorschläge schlüssig werden.

Stimmlisten einsehen!

Zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April kann nur wählen, wer in die Stimmliste eingetragen ist. Wer beim ersten Wahlgang sein Stimmrecht ausgeübt und seine Wohnung nicht geändert hat, kann damit rechnen, daß er in der Wählerliste eingetragen ist. Anders bei Wählern, die von ihrem Wahlrecht beim ersten Wahlgang keinen Gebrauch gemacht haben oder die seitdem ihre Wohnung gewechselt haben. Wähler, die vor oder während der Auslegungsfrist den Stimmbezirk wechseln, werden in der Stimmliste der bisherigen Wohnung gestrichen. Sie werden von Amts wegen in die Stimmliste ihres neuen Stimmbezirks aufgenommen. Dies geschieht auch nach Ablauf der Auslegungsfrist, wenn der Wähler durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde seines früheren Stimmbezirks nachweist, daß er in der Stimmliste dieses Stimmbezirks wegen Wegzuges gestrichen ist.

Bei der großen Arbeit, die die Berichtigung der Wählerlisten bedeutet, und den zahlreichen Wohnungswechseln aus Anlaß der allgemeinen Umzugszeit sind aber Versehen bei Berichtigung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler, in welchem Stimmbezirk er in die Wählerliste eingetragen ist und sorge dafür, daß er am 10. April sein Stimmrecht ausüben kann.

Wähler, die nach Ablauf der Auslegungsfrist ihre Wohnung wechseln, können, wenn sie sich nicht umschreiben lassen, auf Grund eines Stimmscheines wählen, der ihnen von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Stimmbezirks erteilt wird.

Die Auslegungsfrist dauert in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt vom 30. März bis 3. April. In den anderen Ländern ist die Auslegungsfrist auf Sonnabend, den 2. April, und Sonntag, den 3. April, beschränkt.

Eine Parole gegen die Zersplitterung.

Die Zersplitterung in kleinste Parteien und Gruppen ist seit Jahren schuld an dem Niedergang des bürgerlichen Einflusses. Bei allen Wahlen haben wir immer und immer wieder erlebt, daß durch aussichtslose Sonderkandidaturen viele Stimmen einfach verlorengingen. Ohne Zweifel ist heute, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, die Stimmung breiter Wählermassen für Sammlung und Konzentration der Kräfte. Diese Erwägung hat den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, veranlaßt, jetzt mit einer Sammlungsparole herauszukommen, mit der er die zersplitterten Kräfte, die gegen das herrschende System eingestellt sind, zusammenfassen will. In einem Artikel gibt Dr. Hugenberg Marschrichtung und Losungswort für diese Bewegung aus. Er weist zunächst auf die Wahlen in Mecklenburg-Strelitz hin; die Wählerschaft sei dort den Parolen der Splitterparteien nicht mehr gefolgt und habe sich nach dem rechten Flügel zusammengezogen. Trotzdem seien dabei nichtsozialistische Stimmen verlorengegangen und hätten so praktisch, entgegen dem Willen der früheren mittelparteilichen Wähler, zu einer Stärkung des schwarz-roten Bundes beigetragen. Dr. Hugenberg macht nun den Führern der Splitterparteien folgenden Vorschlag: Wenn ihnen die Aufstellung eigener Listen bei der Preußenwahl als durchaus notwendig erscheint, so sollen sie mit den Deutschnationalen vereinbaren, daß die Reststimmen dieser Splitterparteien der deutschnationalen Liste zugute kommen. Die so Gewählten sollen als Hospitanten der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei angehören. **Als Bedingung für eine solche Vereinbarung nennt Dr. Hugenberg: Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus, klaren und entschiedenen Nationalismus und Bildung einer nationalen antimarxistischen Regierung in Preußen und im Reich.**

Der nationalsozialistische Befehl zum 13. März.

Eine Berichtigung des Reichsinnenministeriums.

In der Presse ist behauptet worden, der Reichsinnenminister Groener habe den nationalsozialistischen Befehl vom 2. März, in dem angeordnet wird, daß am Tage der Reichspräsidentenwahl (13. März) die SA.-Leute in den Unterkünften zusammenzuziehen seien, schon längere Zeit vor dem Wahltage gekannt. Wie von seiten des Reichsinnenministeriums mitgeteilt wird, hat der Wortlaut des Befehls dem Reichsinnenminister vor der Wahl nicht vorgelegen. Der Minister hat, als er den Befehl eingesehen hat, sofort die schwersten Bedenken dagegen geltend gemacht. Der Wortlaut ist ihm erst am Freitag nach der Wahl von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Frank II mitgeteilt worden. Der Reichsinnenminister hat darauf dem Abgeordneten erklärt, wenn er der Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte, hätte er sofort Einspruch erhoben.

Eine Entgegnung der NSDAP.

Die nationalsozialistische Pressestelle veröffentlicht eine Entgegnung zu der Berichtigung des Reichsinnenministeriums. Es wird darin u. a. mitgeteilt, General Groener habe keine auf den Einspruch bezügliche Erklärung gemacht. Weiter heißt es wörtlich: „Es wird ausdrücklich festgestellt, daß bei dem Empfang Reichsminister Groener seinem Erstaunen über die Polizeiaktion Severing Ausdruck verliehen hat. Ausdrücklich hat Reichsinnenminister Groener erklärt, daß er persönlich an der Legalität Hitlers in keiner Weise zweifle."

Japan meldet: Einigung mit den Chinesen.

In Schanghai noch ungeregelte Fragen.

Einer amtlichen japanischen Mitteilung zufolge wurde eine chinesisch-japanische Vereinbarung zur endgültigen Einstellung der Feindseligkeiten erreicht. Beide Parteien haben demnach ihre Einwilligung zu den in dem vor kurzem abgeschlossenen vorläufigen Abkommen niedergelegten Bedingungen gegeben, wonach die chinesischen Truppen in ihren jetzigen Stellungen verbleiben, die Japaner sich nach der internationalen Niederlassung und die angrenzenden Straßen zurückziehen sollen, und ein neutraler Überwachungsausschuß eingesetzt wird.

Die japanische Forderung, zeitweilig wegen der starken Truppenzahl noch einige Militärabteilungen in dem außerhalb der internationalen Niederlassung gelegenen chinesischen Gebieten belassen zu dürfen, ist von den Chinesen angenommen worden. Besonders bezeichnete japanische und chinesische Flugzeuge dürfen bei den Truppenzurückziehungen als Erkundungsflugzeuge verwendet werden.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den geräumten Gebieten wird eine besondere chinesische Polizeitruppe gebildet, über deren Aufgaben die chinesische Regierung noch eine formelle Erklärung abzugeben hat.

Über eine endgültige Regelung werden Einzelheiten durchberaten, und zwar:

1. die Punkte, bis zu denen die japanischen Streitkräfte zurückgezogen werden, 2. der Zeitpunkt, bis zu dem die Räumung durchgeführt sein muß, und 3. die Frage der Verwaltung der geräumten Gebiete.

Der Völkerbundausschuß in Nanking.

Zu Ehren des in Nanking eingetroffenen Völkerbundausschusses gab der chinesische Regierungschef Wansinwei einen Empfang, an dem u. a. Marschall Tschiangkaischek, Lovenkan und Vertreter des chinesischen öffentlichen Lebens teilnahmen. Wansinwei erklärte, China trage keine Schuld an dem Konflikt mit den Japanern, die die gegenseitigen Verträge schwer verletzt hätten. Die chinesische Regierung werde niemals die Selbständigkeit der Mandschurei anerkennen. Die gesamte japanische Politik sei nur mit der Annektionspolitik zu vergleichen, die es schon früher gegenüber Korea getrieben habe.

Der Vorsitzende des Völkerbundausschusses, Lytton, dankte in seiner Rede für den Empfang durch die chinesische Regierung und betonte, daß der Völkerbund alle Maßnahmen treffen werde, um den Frieden zu sichern, unter der Voraussetzung, daß alle Verträge von beiden Seiten erfüllt würden.

Belagerungszustand in der Mandschurei.

Die japanische Telegraphenagentur Schimbun Rengo meldet, daß die Regierung Puji den Belagerungszustand für die gesamte Mandschurei verhängt habe.

Schwieriger Ausgleich des USA.-Haushalts.

Ein dringender Appell des Präsidenten Garner.

Nach wochenlangem Hin und Her, wobei alle Parteien im Hinblick auf die Herbstwahlen sich scheuten, die erforderlichen Steuern zu befürworten, richtete der Sprecher Garner (der Präsident des Hauses) einen dringenden Appell an das Repräsentantenhaus, in dem er erklärte, falls der Haushalt nicht umgehend ausgeglichen werde, die Vereinigten Staaten einer unvergleichbaren Finanzpanik gegenüberstehen würden. Falls der Kongreß auch weiterhin die Steuerpläne sabotieren sollte, würde keine amerikanische Bank innerhalb von 60 Tagen den Anforderungen der Einleger mehr genügen können. An den Patriotismus appellierend, forderte sodann Präsident Garner diejenigen Mitglieder des Repräsentantenhauses auf, sich zu erheben, die jedenfalls bereit seien, den Haushalt auszugleichen. Bis auf 20 Mitglieder standen alle auf. Die Tribünenbesucher brachen in einen ungeheuren Tumult aus.

Der Arbeitsausschuß des Repräsentantenhauses hat einen Ersatzdeckungsplan ausgearbeitet, der 1,292 Mill. Dollar beträgt und weitere Sparmaßnahmen vorsieht.

Generalsuperintendent D. Dr. Hoppe †.

Ein verdienter Kirchenbeamter.

Eine traurige Kunde durcheilt Stadt und Land. Generalsuperintendent D. Dr. Hoppe, Hildesheim, ist fast 80 Jahre alt entschlafen.

Er wurde am 7. November 1852 in Burgdorf bei Celle als Sohn des Pastors Heinrich Hoppe geboren. Seine Kinderzeit verlebte er in Elstorf bei Harburg. Von 1866 bis 1871 besuchte er unter Direktor Ebeling das Gymnasium in Celle. Nach seinen Studienjahren in Leipzig und Göttingen machte er im Herbst 1874 sein erstes theologisches Examen. Von Oktober 1874 bis 1878 war er Erzieher im Hause des Landgrafen Friedrich von Hessen-Kassel, wo er dessen Söhne, den blinden Prinzen Alexander-Friedrich und den jetzigen Landgrafen Friedrich-Karl, zu erziehen hatte. In diese Zeit fällt die Promotion zum Doktor der Philosophie und sein zweites theologisches Examen. Im Januar 1878 war er als Pastor Kollaborator an der Gartenkirche in Hannover. Ostern 1879 als Pastor in Ostenholz bei Fallingbostel, im Herbst 1886 Pastor in Barkhausen im Osnabrückschen. Im Herbst 1888 kam er als Superintendent und erster Pastor nach Markoldendorf im Kreise Einbeck. Im Herbst 1897 wurde D. Dr. Hoppe erster Hof- und Schloßprediger und Superintendent der Inspektion Hannover, sowie Konsistorialrat in Hannover. Seit Ostern 1903 war er Generalsuperintendent in Hildesheim. Im Jahre 1925 wurde er emeritiert. Ein reich gesegnetes, dem Dienste an den Mitmenschen und an Gottes Wort gewidmetes Leben ist mit Hoppes Tode zu Ende gegangen.

Das Ende eines Millionengeschäftes.

Der jetzt erfolgte Zusammenbruch der Industrie- und Privatbank in Berlin bedeutet gleichzeitig den Zusammenbruch eines der größten Millionenunternehmen der Nachkriegszeit, des sogenannten Michael-Konzerns. Der Gründer dieses Konzerns, dem verschiedene Unternehmungen in Deutschland angehörten, Jakob Michael, hatte seinen Reichtum, nicht wie viele andere in der Inflation, sondern nach der Inflation geschaffen. Er hat seine Millionen gewissermaßen durch das Wunder der Rentenmark erworben. Jakob Michael war einer der ersten, der an das Ende der Inflation glaubte. Als die Rentenmark herauskam, hat er schleunigst den üblichen Erwerb von Sachwerten abgestoppt und hat umgekehrt seine Sachwerte, seine Aktien, seine Fabriken und Häuser in Bargeld verwandelt, das Bargeld zu riesigen Zinsen ausgeliehen und damit in kurzer Zeit viele Millionen verdient. Mit diesen Millionen hat dann Michael von neuem gekauft und hat sich die Macht in zahlreichen Unternehmungen aller Art verschafft. Er machte sich zum Beherrscher von Banken und Versicherungsgesellschaften, also mit Vorliebe von Unternehmungen, bei denen viel Bargeld einging. Dann warf er sich auf riesige Grundstücksspekulationen und kaufte in Berlin und in Köln rund 160 Geschäftshäuser nach und nach zusammen.

Dabei hat er das sogenannte Schneeballsystem angewendet. Sobald er Häuser gekauft hatte, nahm er hohe Hypotheken auf. Die Hypotheken mußten die Banken und Gesellschaften geben, in denen Michaels Einfluß maßgebend war. Mit den Hypothekengeldern kaufte er wieder Grundstücke, und das Spiel mit den Hypotheken begann von neuem. Alle diese Spekulationen machte Michael in der Hoffnung, daß durch eine gute Konjunktur die Häuser an Wert gewinnen. Aber da lag der Rechenfehler, den so viele andere Glücksritter ebenfalls machten. Die gute Konjunktur blieb aus und statt aufwärts ging es abwärts, die Geschäftshäuser mit den hohen Mieten lockerten sich und für den Besitzer blieben nur die hohen Steuern und Hypothekenzinsen. Dieses Geschäft haben selbst die Millionen des Herrn Michael nicht ausgehalten, und so kam es, daß im Laufe des letzten Jahres ein Unternehmen nach dem anderen, das zum Michael-Konzern gehörte, in Schwierigkeiten geriet, zuletzt die Industrie- und Privatbank in Berlin.

Herr Michael ist aus Deutschland verschwunden, und hat 65 Millionen Hypothekenschulden hinterlassen. Außerdem macht sich der Steuerfiskus einige Sorgen, wie er die noch ausstehenden Forderungen an den Michael-Konzern hereinbekommt. Während die Gläubiger des Herrn Michael in Deutschland die Verluste nachrechnen, sitzt Herr Michael in Paris und Amsterdam und macht neue Geschäfte. Die Wirtschaftskreise fragen sich erstaunt, woher er das Geld dazu nimmt. Es soll sich um Privatvermögen der Frau Michael handeln, das im Ausland angelegt worden ist. Auch sonst soll in der guten Zeit einiges von dem Michaelschen Vermögen über die Grenze gewandert sein.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 30. März 1932.

April.

Zuerst einmal sein Name: April heißt dieser Monat, weil er bei den alten Römern den Frühling eröffnete. Eröffnen aber heißt auf lateinisch „aperire", und von „aperire" stammt das Wort „aprilis". Schon unsere Vorfahren, die den anderen Monaten vom Lateinischen abweichende Namen gaben, kannten den April unter seinem ursprünglichen Namen: im Mittelhochdeutschen hieß er „abrille". Die Angelsachsen nannten ihn „eastermonadh", was Ostermonat bedeutet, und auch Karl der Große wollte ihn so genannt wissen, aber dieser Name ist nicht durchgedrungen, ebensowenig wie der Name „Wandelmonat", den man ihm in neuerer Zeit geben wollte. Und wenn wir nun noch sagen, daß der April im römischen Kalender nicht der vierte, sondern der zweite der Jahresmonate war, und daß er nicht 30, sondern nur 29 Tage hatte, so ist alles gesagt, was über die Herkunft und über die Entwicklung des Aprils zu berichten ist.

Aber das Wort „Wandelmonat" eröffnet Perspektiven. Man braucht nicht lange nachzudenken, um zu wissen, was es bedeuten soll, denn man wird sofort auf das als wandelbar verrufene „Aprilwetter" und auf die „Aprillaunen" hingewiesen. Die Veränderlichkeit des Aprilwetters ist sprichwörtlich, obwohl das Wetter unserer anderen Frühlingsmonate nicht minder veränderlich ist. Was aber die Aprillaunen betrifft, so bezeichnet man damit schnell geänderte Ansichten. Also auf die plötzliche Veränderung kommt es an, auf das Unerwartete, Überraschende. Wenn wir mit Betrachtungen über den April erst so weit sind, wissen wir sofort, welche Bewandtnis es mit den Aprilscherzen hat; auch sie bringen Unerwartetes und Überraschendes.

Diese Deutung der Aprilscherze ist aber kompliziert worden. Im deutschen Altertum ist der Aprilscherz unbekannt, und die Brüder Grimm nehmen an, daß er erst in den letzten Jahrhunderten aufgetaucht ist, und zwar als ein Einfuhrartikel aus Frankreich. Nun ist zwar die Sitte des „In-den-April-Schickens" auch in Frankreich (wie auch noch in anderen Ländern) bekannt, aber man weiß dort ebensowenig wie bei uns etwas über den Ursprung dieser Sitte. Gelehrte Männer meinen, daß der Aprilscherz den Rest eines heidnischen Festes, das mit Beginn des Frühlings zusammenhing, darstelle. Andere wieder sagen, daß der Brauch als Nachahmung des Hin- und Herschickens Christi von Hannas zu Kaiphas, von Pilatus zu Herodes

Bilanz des Preußischen Landtages.

Rückblick auf vierjährige Tätigkeit.

Der gegenwärtige Preußische Landtag führt seit seiner abschließenden Sitzung am 18. d. M. nur noch ein Schattendasein. Er hat eine Zähigkeit bewiesen, die ihn trotz stürmischer Bewegtheit der politischen Entwicklung und der mehrfach von der Opposition dringend erhobenen Forderung nach vorzeitiger Auflösung jetzt seinem natürlichen Ende entgegengehen läßt. Ein Rückblick auf seine vierjährige Tätigkeit zeigt zunächst rein zahlenmäßig, daß der Landtag seit dem Tage seiner Konstituierung, dem 8. Juni 1928, bis zu seiner voraussichtlich letzten Sitzung am 18. März 1932 284 Vollsitzungen und weit über 2000 Ausschußsitzungen abgehalten hat. Die stenographischen Aufzeichnungen der Verhandlungen allein der Vollsitzungen füllen mehr als 25 000 Druckspalten. Die Parteien waren außerordentlich fruchtbar in der Stellung von Anträgen und der Einreichung von Interpellationen; einschließlich der von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe hat sich der Landtag mit 8416 derartigen Vorlagen zu beschäftigen gehabt. Darunter befinden sich auch zahlreiche Mißtrauensanträge der Oppositionsparteien, die entweder gegen das gesamte Staatsministerium oder gegen einzelne Staatsminister gerichtet waren. Namentlich dem Minister des Innern ist von der Opposition sehr häufig das Mißtrauen bescheinigt worden.

Betrachtet man die seit dem Sommer 1928 vom Landtag geleistete positive Arbeit, so ist, wenn man von der Haushaltsberatung für die Rechnungsjahre 1929 bis 1931 absieht, das Ergebnis der dritten Wahlperiode ziemlich mager. An größeren Gesetzesarbeiten sind eigentlich nur zu nennen die Verträge mit dem Heiligen Stuhl und den Evangelischen Landeskirchen, der Anschluß Waldecks an Preußen, die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, das Polizeiverwaltungsgesetz, die Novelle zum Groß-Berliner Selbstverwaltungsgesetz und das Gesetz über die Familiengüter (Fideikommisse). Unerledigt sind geblieben die Entwürfe für ein Städtebaugesetz und die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Studenten an den staatlichen Hochschulen. Auch eine Verwaltungsreform, die oft und dringend gefordert wurde, ist in diesem Landtag nicht zustande gekommen. Die Frage, ob die Schuld hieran den Landtag trifft oder ob sie bei der Regierung zu suchen ist, ist sehr umstritten. Dagegen kann man den Landtag für die unerfreuliche Tatsache, daß der Haushaltplan für 1932 nicht mehr verabschiedet werden konnte, kaum verantwortlich machen, da infolge der späten Einbringung des Haushalts durch die Regierung es einfach an der für die Beratung erforderlichen Zeit fehlte.

Daß dieser Landtag in den letzten Jahren in seiner Zusammensetzung nicht mehr der Stimmung der Wählerschaft im Lande draußen entsprach, haben die verschiedenen Wahlen der letzten Zeit deutlich gezeigt. Vor vier Jahren, zur Zeit der letzten Preußenwahlen, waren die Verhältnisse ja himmelweit verschieden von den heutigen. Dieser wachsende Widerspruch zwischen der tatsächlichen Stimmung im Lande und der Zusammensetzung des Preußenparlaments mußte naturnotwendig zu einer immer größeren Verschärfung des politischen Druckes und Gegendruckes führen, und hat es auch schließlich mit verursacht, daß der Landtag keine fruchtbare Arbeit mehr leisten konnte.

Wie gegen Deutschland gehetzt wurde.

Neue amerikanische Kriegsakten.

Die schon so stattliche Reihe von Kriegsakten ist jetzt durch einen vierten Band amerikanischer Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Eintrittes der Vereinigten Staaten in den Krieg bereichert worden. Fast jede Aktenveröffentlichung liefert einen neuen Beweis für die Unhaltbarkeit der These von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege. Die neuen amerikanischen Akten werfen nun ein bezeichnendes Bild auf die recht ungewöhnlichen Versuche unserer damaligen Gegner, auch die kleinen und kleinsten Staaten der Welt, die von sich aus an solchen Kriegshandlungen nicht im geringsten interessiert waren, in die Reihe der Feinde Deutschlands hineinzutreiben. Hierzu schreibt Ludwig Herz in einer Abhandlung über die neuen Akten in der Monatsschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände „Der Weg zur Freiheit" u. a. folgendes: „Die Verhandlungen mit der Negerrepublik Liberia sind ein Musterbeispiel von Heuchelei. Liberia war mit der verständigen Begründung neutral geblieben, der Krieg sei ein Krieg des weißen Mannes, mit dem es nichts zu tun hätte. Es erkannte auch, wie es offiziell erklärte, daß es von Frankreich und England in den Krieg hineingezogen werden solle, um deren großes Programm zu verwirklichen, Deutschland nach dem Kriege handelspolitisch aus ganz Afrika zu verdrängen. Es entschloß sich zum Kriege „wegen der Behandlung der eingeborenen Rassen in Afrika durch die Deutschen". Von der Behandlung der Farbigen in den Vereinigten Staaten wußte es offenbar nichts. Es faßte den Entschluß allerdings erst, nachdem ihm wirtschaftliche Konzessionen gemacht worden waren. Diese Konzessionen machten aber England und Frankreich von der Ausweisung der Deutschen und deren Abtransport nicht etwa in ein neutrales Land, sondern nach Frankreich abhängig. Die Maßregel wurde ausgeführt, ehe es noch den Krieg erklärt hatte.

Um Argentinien in den Krieg zu hetzen, lancierte Washington dort aufgefangene Telegramme des Grafen Luxburg, des deutschen Geschäftsträgers in Buenos Aires, in die Presse, in denen dieser den argentinischen Außenminister einen „anglophilen notorischen Esel" nannte und geraten hatte, argentinische Schiffe „spurlos zu versenken". Die Argentinier waren verständig genug, der Entgleisung eines einzelnen, der dann von dem Staatssekretär von Kühlmann energisch abgeschüttelt wurde, nicht mehr Bedeutung beizumessen, als sie verdiente und sich mit dessen Abberufung zu begnügen."

Österreichs Wirtschaftsnot und der Donaubund.

Die Weststaaten und ihre Trabanten.

Der Präsident des Österreichischen Nationalrates und frühere Staatskanzler Dr. Renner sprach kürzlich über „Die österreichische Wirtschaftsnot". Er setzte sich einleitend mit den Vorgängen auseinander, die zum Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes führten und betonte dabei insbesondere, daß es politische Beweggründe der Weststaaten und ihrer Trabanten gewesen wären, die diese wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreichs verhinderten. Mit Bezug auf den Spruch des Haager Schiedsgerichtshofes könne nur mit aller Klarheit festgestellt werden, daß dieser Plan volle Berechtigung auf seine Verwirklichung hatte. Die Gegner sahen nur den Anschluß und somit einen politischen Hintergrund dieses Planes. Die Lage Österreichs habe sich nun weiter verschlechtert. Aber nicht Österreich allein befinde sich in schwerer Wirtschaftslage, sondern auch seine östlichen Nachbarstaaten. Das Unglück Österreichs liege im Friedensvertrag von St. Germain und hier wiederum im besonderen in der Abschnürung des nationalen Geldwesens durch die Währungs- und Devisenpolitik, die für Österreich geradezu verheerende Wirkungen gehabt habe. Die Handelsbilanz verschlechtere sich immer mehr. Österreich bedürfe unbedingt einer Erweiterung seines Wirtschaftsraumes und es wolle deshalb mit allen Nachbarstaaten, die dazu bereit seien, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung treten. Dr. Renner kam dann auf den Donaubundplan zu sprechen und beschäftigte sich ausführlicher mit den Bemühungen Tardieus zur Bildung eines „mitteleuropäischen Staatenbundes auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen". Eines ergebe sich mit aller Deutlichkeit: Frankreich habe sich durch die Friedensverträge und die weiteren Verträge zur Sicherung des Friedens eine politische Staatengruppierung geschaffen, aber es zeige sich jetzt zum erstenmal, daß diese politische nicht auch der ökonomischen Gruppierung standhalte. Beispielsweise habe die Tschechoslowakei nach dem Kriege den Versuch gemacht, ihre Handelspolitik auf die Weststaaten wie auch auf die Oststaaten zu richten, beides ohne wesentlichen Erfolg, vielmehr bleibe die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei auf Deutschland und Österreich eingestellt. Die Gegensätze zwischen der agrarpolitischen und der industriellen Struktur der verschiedenen Donaustaaten, die unter die Haube eines mitteleuropäischen Staatenblockes gebracht werden sollten, seien kaum zu überbrücken. Werde z. B. Südslawien in den Bund aufgenommen, so habe dasselbe Recht der Aufnahme wohl auch Bulgarien, und auch Griechenland werde kaum isoliert zurückbleiben wollen, und so dehne sich der Raum und weite sich der Horizont. Sei es z. B. möglich, daß sich etwa Italien oder Deutschland ausschließen lassen oder wäre es denkbar, daß selbst Großbritannien oder Frankreich ihre Handelsbeziehungen zu einzelnen dieser Staaten und Wirtschaftsgebiete zugunsten einer solchen Kombination zurücksetzen?

Dr. Renner schloß: Immer mehr gewinne es den Anschein, daß die Weststaaten, nachdem sie das für ganz Europa wichtige mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet zerstört hätten, dieses wiederherstellen möchten. Es offenbare sich aber heute, daß Übermacht eines Volkes den geraden Weg, den das andere zu gehen wünsche, viel leichter verlegen als eine andere Bahn erschließen könne.

Den Teufel verschlucken!

Der Vorsatz, an eine unangenehme Sache nicht zu denken, schafft diese Sache schon halb aus der Welt. Man muß den Teufel verschlucken, ohne ihn anzusehen, rät die kluge Frau Aja, die Mutter Goethes. Die muntere und praktische Frau Rat in Frankfurt ist auch den modernen Frauen noch eine Lehrmeisterin. Sie können von ihr die Lebensbejahung lernen! Übrigens ist es heute oft so, daß die Männer noch mehr stöhnen als die Frauen — und nicht nur stöhnen, sondern sich von ihrer Schwarzseherei zu kleinmütigen Handlungen verleiten lassen, die sie später bitter bereuen.

Gewiß, sie haben bei abgebauten Gehältern nichts zu lachen. Trotzalledem ist es doch falsch, den gebotenen Zwang zur Sparsamkeit so radikal durchzuführen, daß nun das Leben wirklich — kahl wird für alle Zukunft. Bisher hoffte der Arbeitende auf die unbesorgte Ausruhe seines Feierabends. Er hatte in jungen Jahren seine Lebensversicherung abgeschlossen und wußte: mit 60 oder 65 Jahren trete ich mit den Meinen in den Genuß des angesammelten Kapitals. Das war ein fester Punkt im Lebensplan. Plötzlich wird er ausradiert, weil es auf den ersten Blick bequem erscheint, die Verminderung des Einkommens auszugleichen durch Streichung einer regelmäßigen Monatsausgabe, die nicht den unmittelbaren Bedürfnissen dient, nämlich des Versicherungsbeitrags. Auf den ersten Blick; doch wer genauer hinschaut, muß einsehen, daß die Grundlage des Lebens angetastet wird durch jene voreilige, unbedachte Sparsamkeit. In solchen Fällen pflegen die Frauen schärfer zu sehen als die Männer, die zuviel Berufsangelegenheiten im Kopf haben. Auch ist ja die Frau am bittersten betroffen, falls das Schicksal sie früh zur Witwe macht und die Lebensversicherung, die bestimmt war, sie vor Not zu schützen, vorher erlosch.

Deshalb sollte jede Frau ernstlich mit ihrem Manne beraten, wie trotz der drückenden Zeiten eine bestehende Lebensversicherung aufrechtzuerhalten ist. Es gibt Auswege, und die Versicherungsgesellschaften gehen bereitwilligst darauf ein, sie finden zu helfen. Denn ihnen liegt ja auch daran, die in jahrzehntelanger Arbeit und mit großem Kostenaufwand aufgebauten Versicherungsbestände zu erhalten. Wiederum ist unter den mancherlei Auswegen der anscheinend bequemste nicht der empfehlenswerteste. Es lockt natürlich, die Versicherungssumme, auf die hin man spart, herabzusetzen; dadurch würden sich automatisch die zu zahlenden Monatsprämien verkleinern, und eine gewisse Bewegungsfreiheit wäre in der Tat rasch gewonnen. Nur vergißt man, daß der Grundbestand des künftigen Vermögens auf diese Weise angegriffen wird.

Geringere Bedenken erregt die Änderung des Versicherungsvertrages auf eine längere Laufzeit — also etwa so, daß statt einer Versicherungsdauer von 20 Jahren eine solche von 30 Jahren ins Auge zu fassen wäre. Das erwünschte Ziel einer Herabsetzung der Monatsprämien würde damit ebenfalls erreicht; für den vorzeitigen Todesfall bleibt auch vorgesorgt. Nur daß man 10 Jahre länger arbeiten muß, bevor man Rentner — wenn vielleicht auch nur Kleinrentner — spielen kann, muß in den Kauf genommen werden. Aber wir wissen ohnehin, daß alle Welt jetzt länger arbeitet, als es unsere Vorfahren nötig hatten — und die merkwürdige Erscheinung ist beachtenswert: trotz Arbeit und Sorgen bleiben wir länger jung! In diesem Bewußtsein begegnen wir auch der Gefahr, die aus dem Umstand erwachsen kann, daß eine Verlängerung der Versicherungsdauer eine neue Prüfung der Gesundheit bedingt; denn die Gesellschaft geht bei der Verlängerung der Laufzeit ein höheres Risiko ein.

Eine Verkleinerung der Prämienleistung kann manchmal auch erzielt werden, wenn man eine oft bestehende Vereinbarung, daß die Gewinnanteile bei der Versicherungsgesellschaft angesammelt und erst bei Auszahlung der Versicherungssumme ausbezahlt werden und in die Erscheinung, in eine dann allerdings sehr angenehme Erscheinung treten sollten, aufhebt und die Gewinnanteile auf die Prämien angerechnet werden.

Übrigens belastet die Prämienzahlung die Einkünfte oft gar nicht unverhältnismäßig. Nur beträchtliche Summen auf einmal aufzubringen, fällt dem bescheidenen Verdiener schwer. Entrichtete er seine Versicherungsgelder bisher vierteljährlich oder gar jährlich, so würde ihm ein auf monatliche Zahlungen verteilter Modus schon wesentliche Erleichterung schaffen.

Auch ist längst nicht jeder, der sich jetzt mühsam durchdrücken muß, im Niedergang begriffen. Ein Jahr, vielleicht nur ein halbes Jahr des Aufatmens — und er würde wieder Ordnung in seine Dinge bringen. Für ein solches „Feierjahr" mag er sich auch einmal auf eine Beleihung seiner Police durch die Versicherungsgesellschaft zum Zwecke der Prämienbedeckung einlassen. Manchmal genügt auch eine zeitweilige Stundung der Prämie. Wer seinen Geldbeutel auf diese Weise vorübergehend schonte und anderweitig ausholen kann, weil die Sorgen weniger drücken, der zahlt in besseren Zeiten gern die Schuld samt Zinsen zurück.

Jeder dieser Auswege ist gangbar. Nur der Abbruch der Versicherung führt ins Nichts.

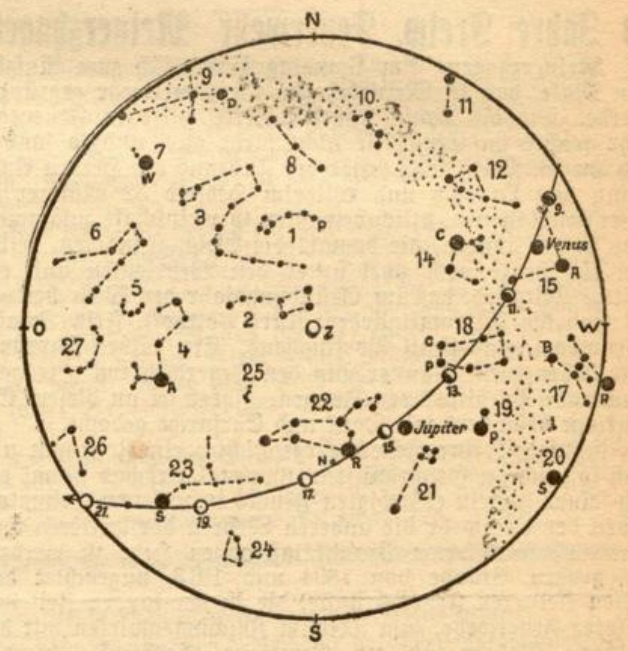
Wer sich das klarmacht, nimmt doch lieber den etwas harten Zwang der monatlichen Prämienzahlung auf sich, verzichtet dafür auf diese oder jene Genüßlichkeit und verschluckt wie „Frau Rat" den Teufel, ohne ihn zu besehen. Das ist nicht halb so schlimm, wie die ewig Mutlosen sich das einreden.

Der Sternenhimmel im April.

Nachdem die Sonne am 20. März die nördliche Himmelshälfte erreicht und damit den Frühling im astronomischen Sinne eingeleitet hat, wandert sie im Laufe des kommenden Monats aus dem Sternbild der Fische in das des Widders. Dadurch wird die Länge des Tages um etwa zwei Stunden vergrößert.

Die Mondphasen fallen auf folgende Daten: am 6. April ist Neumond, am 14. Erstes Viertel, am 20. Vollmond und am 27. Letztes Viertel.

In den späten Nachmittagsstunden, schon kurz nach Sonnenuntergang, leuchtet am westlichen Himmel als Abendstern die Venus, die mit hereinbrechender Dunkelheit in ihrem vollen Glanze sichtbar ist und dem Firmament ein fast festliches Gepräge verleiht. Unter den Sternen in ihrer Nachbarschaft finden wir die kleine, fast als Nebel erscheinende Gruppe der Plejaden, an deren Stellung wir die Wanderung des Planeten unter den Sternen im Laufe der Abende leicht zu kontrollieren vermögen. Hier erkennen wir auch die Sternbilder, die wir während des Winters beobachtet haben und die jetzt, dem ehernen Naturgesetz folgend, sich dem Horizont nähern. Da steht etwas höher, fast im Süden, zwischen den Bildern Krebs und Löwe, der Planet Jupiter, hell und strahlend, aber doch nicht



1. Kleiner Bär P=Polarstern, 2. Grosser Bär. 3. Drache, 4. Bootes, A=Arktur, 5. Krone 6 Herkules, 7. Leier W=Wega, 8. Cepheus, 9. Schwan D=Deneb, 10. Cassiopeja, 11. Andromeda, 12. Perseus, 14. Fuhrmann C=Capella. 15. Stier A=Aldebaran, 17 Orion B=Beteigeuze, R=Rigel, 18. Zwillinge C=Castor, P=Pollux, 19. Kleiner Hund P=Prokyon, 20. Grosser Hund S=Sirius, 21. Wasserschlange, 22. Löwe R=Regulus, 23. Jungfrau S=Spica, 24 Rabe, 25. Haar der Berenice, 26 Waage, 27. Schlange. Z=Zenit Mond: vom 9. bis 21. April. Planeten: Venus, Jupiter, Neptun.

Die Sternkarte ist für den 1. April, abends 10 Uhr, 15. April, abends 9 Uhr, und 30. April, abends 8 Uhr, für Berlin, also für eine Polhöhe von 52½ Grad, berechnet. Die Sternbilder sind durch punktierte Linien verbunden und mit einer Nummer versehen. Die Buchstaben sind Abkürzungen für die Eigennamen der hellen Sterne. Die Stellungen des Mondes sind von zwei zu zwei Tagen eingetragen. Das Datum steht unterhalb des Mondbildes, die Pfeillinie zeigt die Richtung der Mondbahn an.

annähernd der Venus gleichend, und bietet uns ein zweites, willkommenes Beobachtungsobjekt. Der Löwe, ein besonders schönes Bild mit dem hellen Regulus, führt uns weiter nach Südosten zur Jungfrau mit der Spika und noch weiter nach Osten, wo die ersten Sommerbilder ihren Kreislauf beginnen. Da ist der rote Arktur als Hauptstern des Bärenhüters Bootes, daneben der schwache Halbkreis der Nördlichen Krone und der Herkules. Ganz tief am Horizont erkennen wir die Wega in der Leier, und an ganz besonders klaren Abenden auch die ersten Sterne des Schwanes. Der Große Wagen erreicht den höchsten Punkt seiner Bahn, hoch zu unseren Häupten leuchten seine sieben Sterne, die wir ohne Schwierigkeiten wiederfinden, und tief im Norden steht die Cassiopeja, die ihrem tiefsten Stande zustrebt. Die Milchstraße läuft dem Horizont parallel und verschwindet fast in der Dämmerung der Atmosphäre.

Wir sehen wieder einmal, der Sternenhimmel spricht seine eigene Sprache, und es gehört nur ein wenig Lust und Liebe dazu, diese Sprache zu verstehen und zu deuten. Und wer sich die kleine Mühe macht, nur einige Male im Monat unsere Sternkarte zur Hand zu nehmen und nach unserer Beschreibung die einzelnen Bilder aufzusuchen, wird viel Freude daran haben. Er wird allmählich den Bau des Weltalls erkennen lernen und durch die Betrachtung des gestirnten Himmels Stunden verleben, die ihn von den Sorgen des Alltags loslösen und befreien.

Aus dem Bericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1931.

(Eingeklammert sind die Zahlen des Jahres 1930 angegeben).

Am 31. Dezember 1931 liefen 155 514 (125 576) Ruhegelder mit 25 316 (19 982) Kinderzuschüssen, 72 473 (63 557) Witwen- und Witwerrenten und 40 258 (37 233) Waisenrenten. Insgesamt waren im Berichtsjahre 113 436 (98 965) Leistungsanträge zu bearbeiten.

Der Gesamtaufwand für die Rentenleistungen, Abfindungen und Beitragserstattungen betrug im Jahre 1931 220,3 Millionen (183,6 Millionen) RM. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1931 betrug die monatliche Rentenleistung 16,6 Millionen (14 Millionen) RM.

Es gingen 136 346 (132 862) Anträge von Versicherten auf Gewährung eines Heilverfahrens ein. Hiervon entfallen auf ständige Heilverfahren 77 900 (79 546), auf nichtständige Heilverfahren (Zahnersatz usw.) 58 446 (53 316). Es wurden 48 316 (49 047) ständige Heilverfah-

anzusehen sei: im Mittelalter wurde am Osterfeste, das ja meistenteils in den April fällt, diese Szene bei den Passionsspielen aufgeführt, und das Volk soll daraus gelernt haben. Aber das alles sind nur Vermutungen.

Wenn wir Vergangenes beiseitelassen und uns nur an den April dieses Jahres halten, so dürfte uns nicht immer scherzhaft zumute sein, denn wir sind in diesem April mitten drin in hoher Politik: die Entscheidung über die Reichspräsidentschaft steht bevor, und bald darauf folgen Wahlen in mehreren großen deutschen Ländern. Und auch für das Leben des einzelnen erweist sich dieser April als der Monat der großen Veränderungen: es finden „Umzüge" in einem lange nicht mehr dagewesenen Ausmaße statt. Man sieht: Veränderlichkeit kennzeichnet den April nach wie vor.

□ **Achtung! Falsche Zwanzigmarkscheine!** Nach einer Mitteilung des Reichsbankdirektoriums sind neue Fälschungen in Reichsbanknoten über 20 Mark (vom 11. Oktober 1924) festgestellt worden. Die neuen Noten sind teilweise von alten Druckplatten früherer Fälschungen abgedruckt worden, doch ist der neue Druck reiner und der Kontrollstempel deutlicher. Auf der Vorderseite ist im Worte „Ausgegeben" der zweite Grundstrich des n-Buchstabens kleiner gezeichnet. Die kleine Wertzahl 20 auf dem Schauvande zeigt links über der Ziffer 2 einen Punkt. Auf der Rückseite fallen die verkrüppelt gedruckten Typen der Strafandrohung auf; hinter dem Worte „BRINGT" fehlt das Komma.

—* **Verordnung des Reichspräsidenten über Biersteuersenkung, Realsteuersperre usw. vom 19. März 1932.** Der erste Teil der Verordnung bringt eine Senkung der Biersteuer, durch die die den Gemeinden seinerzeit zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten eröffnete Steuerquelle eingeschränkt wird. Zur Entschädigung für die Senkung der Gemeindebiersteuer werden den Gemeinden aus Reichsmitteln 24 u. 4 Millionen überwiesen; ein Betrag, der wohl als unzureichend betrachtet werden muß. Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Vorschriften des ersten Teiles der Verordnung hat der Reichsfinanzminister inzwischen den 22. d. M. bestimmt. Der zweite Teil der Verordnung bringt Bestimmungen über die Realsteuersperre für das Rechnungsjahr 1932. Sie sind im allgemeinen den für das Vorjahr gültigen Bestimmungen angepaßt. Für das Rechnungsjahr 1932 dürfen grundsätzlich keine höheren Realsteuern erhoben werden als im Vorjahr, jedoch sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, eine Erhöhung der Realsteuersätze bis zum Landesdurchschnitt der Gemeinderealsteuersätze zuzulassen. In die Verordnung nicht mitaufgenommen ist die Verpflichtung der Länder, die Gemeinden für den durch die Realsteuersenkung entstehenden Ausfall zu entschädigen. Nach § 9 Abs. 2 des zweiten Teils jedoch sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Wie verlautet, wird das Land Preußen die Entschädigung weiter gewähren. Zur Durchführung der Verordnung sind noch Ausführungsbestimmungen zu erwarten.

Halver

—=) Am Freitag, dem 1. April d. J. vollendet die Ww. Halverscheid, Lina geb. Panne, zu Hinter-Hedfeld, ihr 85. Lebensjahr. Das hohe Geburtstagskind erfreut sich noch einer für das hohe Alter erstaunlichen Gesundheit und Frische. Wir gratulieren herzlich.

—! Der **Strandbad Halver e. V.** ruft seine Mitglieder zu einer äußerst wichtigen Generalversammlung für kommenden Samstag ins Lokal Fasbender. (s. gestrige Anzeige.) Da äußerst wichtige Beschlüsse zur Beratung stehen — Festsetzung der Beiträge, Anrechnung der geleisteten Mehrarbeit pp. — kann nur dringend empfohlen werden, die Versammlung zu besuchen.

Brügge

—:: Am Karfreitag frühmorgens ereignete sich ein **schwerer Autounfall.** Ein auf der Heimfahrt befindlicher Lüdenscheider Mercedes-Personenwagen streifte infolge Platzens eines Vorderreifens auf der Halverschen Straße einen Felsen, fuhr dann wieder über die Straße gegen einen Baum. Der Anprall war derart stark, daß die beiden Insassen im Bogen herausflogen und das Auto umschlug, so daß es mit den Rädern nach oben zu liegen kam. Die Insassen wurden mit schweren Bein- und Schulterbrüchen in das Lüdenscheider Krankenhaus geschafft, während das Auto abgeschleppt werden mußte. Ein weiterer Unfall passierte am Ostersonntag an der Linnepermühle. Bei einem Dortmunder Personenwagen, der sich auf der Fahrt ins Sauerland befand, versagte in der scharfen Kurve die Steuerung, sodaß das Auto in eine Hecke fuhr. Verletzungen kamen hier glücklicherweise nicht vor.

Kierspe

—r Die auf Donnerstag, den 31. d. M. angesetzte **Sitzung der Gemeindevertretung** wird auf **Freitag, den 1. April d. J.** nachmittags 3½ Uhr verlegt.

—s **Ein Waldbrand** entstand am 1. Ostertage oberhalb des Gutes Isenburg. Durch die Trockenheit breitete sich das Feuer schnell aus und fiel demselben ein ansehnlicher Bestand junger Tannen zum Opfer. Durch das schnelle und tatkräftige Eingreifen der Anwohner konnte der Brand bald gelöscht werden, so daß die Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte.

—s **In den Ruhestand** tritt infolge Erreichung der Altersgrenze mit dem 31. d. M. der Leiter der hiesigen Selekta, Herr Hauptlehrer Müller hierselbst. Während der ganzen Zeit ihres etwa 28jährigen Bestehens hat Herr Müller seine Kraft in den Dienst dieses Instituts gestellt, und sein Name wird mit der Geschichte des Schulsystems Kierspe unauslöschlich verknüpft bleiben. Vor der Gründung der Selekta bestand hierselbst eine Rektoratschule, die von Herrn Pfarrer Pels-Leusden geleitet wurde. Nach dem Abgange von Herrn Hauptlehrer Menze tauchte der Gedanke der Errichtung einer Selekta in Verbindung mit der Volksschule auf. Diesen Gedanken setzte man auch in die Tat um, und wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Presbyteriums, des Schulvorstandes und der Gemeindevertretung unterm 24. Juni 1904 beschlossen, der Regierung in Arnsberg, Herrn Paul Müller aus Elberfeld als Hauptlehrer der hiesigen Schule und Leiter der ins Leben gerufenen Selekta vorzuschlagen. Herr Müller ist alsdann seit dem 1. Oktober 1904 in dieser Eigenschaft ununterbrochen tätig gewesen, und tritt nun, wenn auch unfreiwillig, in den Ruhestand. Als Schulmann und als Mensch hat er stets die größte Hochachtung genossen. Die ihm von seinen Schülern dargebrachte Liebe und Verehrung zeigte sich im besonderen gelegentlich der im Herbst 1929 stattgefundenen 25jährigen Jubiläumsfeier der Selekta. Auch jetzt haben ehemalige Selektaner eine schlichte Feier vorbereitet, die am Donnerstag dieser Woche abends 8½ Uhr im Saale des Hotel Plate stattfindet, und zu der alle ehemaligen Selektaschüler mit ihren Angehörigen willkommen sind. Herr Müller hat seine zweite Heimat lieb gewonnen, und gedenkt seinen Lebensabend an der Stätte, an der er viel Gutes geschaffen hat, zu verbringen.

—s Der **Theaterverein „Bühnenfreunde"** zeigte sich am zweiten Ostertage zum ersten Male in der Kuhbierschen Festhalle der Oeffentlichkeit. Aus der Begrüßungsrede des 1. Vorsitzenden Gustav Busch jr., entnehmen wir, daß es dem Verein darum zu tun ist, das Theaterspiel lebhafter zu gestalten, als es bisher hierorts der Fall war. Während der hiesige Turnverein einmal im Jahre gelegentlich seines Winterfestes am 2. Weihnachtstage mit dieser Kunst hervortritt, werden die Bühnenfreunde es sich zur Aufgabe machen, des öfteren im Jahre, auch mit Stücken größerer Art, aufzuwarten. Da der Verein aus dem Spielermaterial des Turnvereins hervor gegangen ist, so dürfte darin unter Umständen für das althergebrachte Winterfest eine kleine Gefahr liegen, zumal neuerdings auch die „Fröhliche Jugend" mit der Aufführung von Bühnenwerken eifrig an der Arbeit ist. Es liegt daher die Gefahr einer Verflachung nahe, und wenn auch Konkurrenz im allgemeinen das Geschäft hebt, so darf doch nicht übersehen werden, daß sie unter Umständen auch den Geschäftsmann ruiniert. Trotzdem soll den „Bühnenfreunden" alle Hochachtung ausgesprochen werden, daß sie ihre Kräfte in den Dienst einer guten Sache stellen, und daß sie sich bemühen, Sonne in die augenblickliche schwere Zeit hinein zu tragen. Deshalb sind auch unsere Winke nicht als eine zersetzende Kritik zu bewerten, sondern als wohlgemeinte Ratschläge; denn schließlich gehört zu derartigen Veranstaltungen auch das Publikum. Die Darbietungen bestanden aus einigen Lustspielen, bei deren Wiedergabe sich die Spieler die größte Mühe gaben. Den größten Beifall erntete man mit „Drei Kiersper in der Fremde" verfaßt von Ewald Zöller. Die wohlgelungenen Frisuren zu den einzelnen Stücken tätigte Friseur Schotten. Der Besuch dieser ersten Veranstaltung befriedigte, und war des weiteren auch der nachfolgende Ball gut besucht. Dem jungen Verein zu seiner weiteren Arbeit ein „Glückauf".

Kierspe-Bhf.

—b Seine Ingenieurprüfung bestand am Technikum Lage (Lippe) Herr Karl Heller von hier. Unseren Glückwunsch.

—b Einen guten Fang machte der hiesige Oberlandjäger. Ein aus der Gegend stammender junger Mann hatte seinen in Holland wohnenden Vater besucht. Gelegentlich dieses Besuches hatte der Sohn aber seinem Vater einen namhaften Betrag in holländischen Gulden entwendet. Die polizeilichen Ermittlungen führen nun so weit, daß es möglich wurde, dem Sohne einen Betrag von über 1317 holl. Gulden zu beschlagnahmen. Angeblich wollte der Sohn mit dem Gelde seine in Deutschland lebende Mutter unterhalten, was er aber nach den gemachten Feststellungen wohl nicht getan hat.

—b Im Bericht über das **Frühlingsfest des MGV. Eintracht Kierspe-Bhf.** vom 2. Ostertage muß es heißen: „Für 25jährige Mitgliedschaft wurde Ernst Schmidt und nicht Ernst Schürfeld geehrt.

—b Die **Börlinghauser Schweineversicherung** hielt im Hotel Cramer ihre Jahreshauptversammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden Fritz Lohmann geleitet wurde. Die Jahresrechnung war von den Mitgliedern Wilhelm Busch und Wilh. Borlinghaus geprüft und für stimmend befunden, sodaß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Im Geschäftsjahr ist kein Schwein verendet, so daß Entschädigungen nicht zu zahlen waren. Der Vereinsbeitrag beträgt 1932 RM 1,50 und das Eintrittsgeld 1.—. Als Entschädigung für verendete Schweine sollen bezahlt werden: bis zu 30 Pfd. Gewicht RM 1.—; bis 40 Pfd. = 90 Pfg.; bis 60 Pfd. = 80 Pfg.; bis 80 Pfd. = 70 Pfg., über 80 Pfd. 80% des Dortmunder Marktpreises.

—b Die **Frage der Ermäßigung der Pachtsätze** für die abgeschlossenen Jagdpachtverträge hat in letzter Zeit besonders die Landwirtschaft und die Jägerkreise beschäftigt. Auf Grund des § 2 der Pachtschutzordnung, welcher sagt, daß „die Leistungen, die unter den veränderten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind" durch das Pachteinigungsamt anderweitig festgesetzt werden können, soweit „es der Billigkeit" entspricht, haben die Jäger vielfach eine Herabsetzung der Jagdpachtsätze angestrebt. Seitens gewisser Kreise der Landwirtschaft ist man diesen Wünschen durch eine Herabsetzung der Sätze um 20% nachgekommen. Andere Landwirte haben sich aber hiergegen gesträubt, da solche die Jagd als Luxus ansehen. In dieser Streitfrage wird, wie wir aus Interessentenkreisen erfahren, nun ein vom Landgericht in Hagen gesprochenes Urteil beachtenswert, welches in diesen Tagen gesprochen wurde. Das Urteil ist aus folgender Erwägung heraus ergangen: Bei Jagdpachten wird es wohl häufiger als sonst vorkommen, daß die Leistungsänderung nicht den Anforderungen der Billigkeit entspricht, weil Jagdpachten nur selten die wirtschaftliche Existenz des Pächters bedeuten, einem solchen Pächter aber ebenso eher zugemutet werden kann, die ihm über die Risikogrenze hinaus treffende Schuld zu tragen, je weniger seine Stellung im Wirtschaftsleben dadurch gefährdet wird. Nach diesem Urteil ist also aus dem § 2 der Pachtschutzordnung nicht ohne Weiteres im Allgemeinen eine Herabsetzung der Jagdpachtsätze herzuleiten, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert haben.

Rönsahl

—c **Ostern!** Die frohen Ostertage sind dahin; sie haben die am Karfreitag, infolge des schönen Wetters aufgekommene Hoffnung, auch so herrliches Osterwetter zu haben, gerechtfertigt. Der zweite Ostertag brachte sogar nach einem notwendigen Nacht- und Frühregen milde sonnige Witterung. Am Karfreitag nahmen die Konfirmanden erstmalig am heiligen Abendmahl teil. Am Ostersamstag nachmittags läuteten die Kirchenglocken das Osterfest ein und verkündeten am Sonntag morgen von 5—6 Uhr den Anbruch desselben. In den frühen Morgenstunden ließ der Posaunenchor Oelmühle einige Choräle erschallen. Im Gottesdienst, sowie in solchem am Karfreitag, wirkte der Kirchenchor mit. Am Abend des 1. Ostertages wurde seitens des Christlichen Vereins junger Männer ein Osterfeuer abgebrannt. Am 2. Ostertage predigte in der hiesigen Kirche Herr Pastor Hunke, Wipperfürth. Von Karfreitag ab war unser romantisches Rönsahl das Ziel vieler Wanderer, Radfahrer und Kraftfahrzeuge aller Art. Beendet wurde das Osterfest am 2. Tage abends gegen 7 Uhr mit drohenden Wolkenzügen, denen sich Blitz und Donner, sowie Regenschauern entluden.

*

Lüdenscheid. Ratloser Magistrat. Zum ordentlichen Haushaltsplan faßte der Magistrat folgenden Beschluß: „Eine Erhöhung der Realsteuerumlage wird abgelehnt, da eine Mehrbelastung der Wirtschaft und des Hausbesitzes nicht mehr tragbar ist, und die Aufbringung des ungedeckten Fehlbetrages, der fast ausschließlich durch die Erwerbslosenfürsorge entstehen wird, durch einen anderen Lastenausgleich herbeizuführen ist. — Der ordentliche Haushalt 1932 wird darauf in Einnahme auf 4 797 060 RM und in Ausgabe auf 5 754 410 RM festgesetzt. Zur Deckung des Gemeindefehlbetrages von 1 807 350 RM werden die Realsteuern gemäß der Vorlage in der vorjährigen Höhe (425 % und 510% Ertragssteuer, 1000% Lohnsummensteuer und 162,5% Grundvermögenssteuer) beschlossen mit einem Aufkommen von zusammen 650 000 RM und die Bürgersteuer mit den dreifachen Landessätzen bei einem Aufkommen von 200 000 RM. Zur Deckung des noch verbleibenden Fehlbetrages von 957 350 RM kann der Magistrat keine Vorschläge machen." Die Verabschiedung des Haushaltsplanes soll in der nächsten Woche in der Stadtverordnetensitzung erfolgen, in der die Verwaltung nähere Ausführungen dazu in Aussicht gestellt hat.

Lüdenscheid. Eine betrübende Nachricht kommt aus Amerika. Die älteren Turngenossen und Genossinnen kennen das Ehepaar Wilhelm Winter aus Lüdenscheid. Winter hat Jahrzehnte in den Vorständen des Turnkreises und im Vereinsleben Lüdenscheids eine sehr segensreiche Rolle gespielt. Er war Mitgründer der „Lüdenscheider Turngemeinde" und seine Gattin und die beiden Töchter fehlten in keiner Turnstunde. Auch mit der Feder und seiner dichterischen Begabung hat er manche Festschrift bereichert. Ende 1923 verließ er mit seiner Familie Lüdenscheid und die deutsche Heimat, um jenseits des großen Wassers zu versuchen, eine neue Existenz zu gründen. Das ist ihm auch gelungen. Einer deutschamerikanischen Zeitung, die in Newark bei Newyork erscheint, entnehmen wir die Trauernachricht, daß Winters Gattin, Marie geb. Wurm, eine Schwester des Landtagsabgeordneten Louis Wurm aus Lüdenscheid, des in Turn- und Handwerkerkreisen weit und breit bekannten früheren Kreisturnwarts, im 61. Jahre ihres Lebens in Newark eines tragischen Todes gestorben ist. Das erwähnte Blatt schreibt in einem sehr sympathischen Nachruf: „Erleichterung von einem plötzlichen Schwindelanfall suchend (Frau W. war lange schwer krank und wollte diesen Sommer ein deutsches Bad zur Heilung besuchen), hatte Frau Winter in ihrem Heim eines der Wohnzimmerfenster geöffnet, um kühlende, frische Luft hereinzulassen, als sie das Gleichgewicht verlor und auf die Straße hinabstürzte. Eine Ambulanz überführte die Schwerverletzte nach dem Stadthospital, dessen Aerzte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnten."

Herscheid. Fabrikverkauf. Wie verlautet, soll die nunmehr schon über 8 Jahre nicht in Betrieb gewesene Fabrik von B. Eveking an eine Lüdenscheider Besteckfabrik endgültig verkauft worden sein. Die Fabrik, die eine sehr schöne Lage nahe am Bahnhof Herscheid hat, wurde in der Inflationszeit 22-23 von der Firma Muhr u. Co., Dortmund, erbaut, die ursprünglich beabsichtigte, eine Drahtzieherei darin einzurichten. Mit der Inbetriebnahme soll nun, wie man hört, schnellstens begonnen werden.

Breckerfeld. 80 Jahre alt. Am 1. Ostertage beging der Rentner Wilhelm Kipper sen. In der Glör, seinen 80. Geburtstag. Der Männerchor der kirchlichen Gemeinschaft brachte dem Hochbetagten, der noch immer rüstig den beschwerlichen und weiten Kirchweg aus der Glör nach Breckerfeld macht, ein Ständchen.

Bottrop. Zwei Todesopfer einer Familientragödie. Der 24 Jahre alte Friseur Joseph Bertram aus der Horsterstraße hat am Abend des Ostermontags in seiner Wohnung sein 2 Monate altes Kind und sich selbst erschossen. Die Tat ist in einem Anfall von Schwermut begangen worden. Bertram lebte seit einiger Zeit in unglücklichen Familienverhältnissen. Seine Frau war von zuhause abwesend.

Grevenbrück. Mit einer für die Gemeinde Grevenbrück bedeutenden, aber auch allgemein interessanten Streitfrage beschäftigt sich zurzeit das Landgericht in Arnsberg; es handelt sich um die Pensionsansprüche des früheren Gemeindevorstehers Gottfried B. von hier, der seit dem Jahre 1916 bis zu den letzten Kommunalwahlen die Geschäfte der Gemeinde Grevenbrück leitete. Die neue Gemeindevertretung entschied sich in ihrer Mehrheit für einen anderen Kandidaten, worauf B. seine Pensionsansprüche gegenüber der Gemeinde geltend machte. Die Gemeindevertretung aber lehnte die gestellten Ansprüche ab, während der Kreisausschuß des Kreises Olpe im Sinne des Antragstellers entschied. Diese Entscheidung des Kreisausschusses focht die Gemeindeverwaltung bei der zuständigen Behörde, dem Bezirksausschuß der Regierung in Arnsberg mit Erfolg an, so daß von den Behörden die gestellten Pensionsansprüche des früheren Gemeindevorstehers endgültig abgelehnt wurden. Das Landgericht in Arnsberg wird sich nun in aller Kürze erneut mit dieser Frage beschäftigen, und man darf auf den Ausgang des Prozesses, der auch für andere Gemeinden sehr interessant sein dürfte, mit Recht gespannt sein. Es bleibt durch das Landgericht insbesondere die Kernfrage zu klären, ob das Dienstverhältnis des früheren Gemeindevorstehers als eine lebenslängliche Anstellung zu betrachten war.

Hönningen a. Rh., Knochenwirbel eines Mammuts gefunden. Mitte des Monats wurde von einem Andernacher Fischer an einer seichten Stelle des Rheins in der Nähe von Arienheller ein Knochen von riesigem Ausmaß gefunden. Wie jetzt von fachmännischer Seite einwandfrei festgestellt wurde, handelt es sich um das Ueberbleibsel eines riesigen, etwa 5 Meter hohen Mammuts, das vor etwa 12 000 bis 15 000 Jahren in der hiesigen Gegend gehaust hat. Der Fund, der ein gut erhaltenes Prachtstück darstellt, wie es die Museen des Mittelrheins nicht aufweisen können, wurde dem Museum in Andernach überwiesen.

Bremen. Zwei Kinder verbrannt. In Fanderkesee spielten zwei Kinder der Familie Söl. brand im Alter von drei und vier Jahren in Abwesenheit der Eltern in ihren Betten mit Streichhölzern. Die Betten fingen Feuer, und als die Eltern zurückkehrten, stand schon das ganze Zimmer in hellen Flammen. Die beiden Kinder, ein Junge und ein Mädchen, waren bereits tot.

Verden. Sechsjähriger Junge erschossen. Auf dem Bauernhofe des Landwirts Helmke in Schmalenbeck hantierte der 20jährige Knecht P. mit einem Tesching. In der Nähe spielte eine Schar Kinder. Durch einen unglücklichen Griff löste sich ein Schuß, und der sechsjährige Sohn Wilhelm des Landwirts Schnakenberg brach mit einem Schrei zusammen. Die Kugel war dem Kind in die Brust gedrungen und wenige Augenblicke später war der Junge tot. Ein Arzt stellte fest, daß die Kugel ins Herz gedrungen war. Der unglückliche Schütze wurde vorläufig festgenommen.

Schwere Schlägerei in Herne.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte.

Zwischen mehreren Personen im Alter von 19 bis 30 Jahren kam es am Ostermontag im Stadtteil Sodingen, nachdem sie vorher reichlich dem Alkohol zugesprochen hatten, zu einer wüsten Schlägerei. Mit Messern und Stöcken gingen sie aufeinander los.

Bei der Schlägerei wurde eine Person so schwer verletzt, daß sie gestorben ist, während zwei andere schwerverletzt im Krankenhaus daniederliegen. Drei weitere Personen erlitten leichte Verletzungen. Die Polizei nahm bisher zwei Verhaftungen vor.

Tätlicher Angriff auf Bürgermeister.

Erwerbsloser fordert Geld.

Ein Erwerbsloser suchte im Stader Rathaus den Bürgermeister Dr. Meyer auf und trug ihm Unterstützungswünsche für seine zahlreiche Familie vor. Der Bürgermeister verwies ihn an den zuständigen Senator, der dem Mann die Erfüllung seines Anliegens zusagte. Der Erwerbslose begab sich darauf abermals zum Bürgermeister und begehrte umgehende Auszahlung eines bestimmten Betrages. Der Bürgermeister, der eine Konferenz abhielt, bedeutete ihm, daß er sich an die zuständige Kasse wenden müsse. Vor dem Konferenzzimmer begann der Mann nun zu lärmen, so daß Dr. Meyer ihn zur Ruhe verwies. Nunmehr sprang der Mann auf den Bürgermeister zu und versetzte ihm mehrere Schläge an Kopf und Brust. Mehrere Konferenzteilnehme eilten dem Bürgermeister zu Hilfe und brachten den Erwerbslosen aus dem Rathaus.

Unterschlagungen eines Stadtkassenrendanten.

45 000 Gulden.

Bei einer unvermuteten Revision der Stadtkasse von Neuteich durch Beamte des Danziger Senats stellte sich heraus, daß der Stadtkassenrendant Wilhelm Baumgart im Laufe der letzten drei Jahre Unterschlagungen in Höhe von etwa 45 000 Gulden begangen hat. Baumgart gibt bis jetzt nur einen Teil der Unterschlagungen zu. Er hat die Veruntreuungen bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen in der Weise begangen, daß er von der Danziger Staatskasse höhere Beträge anforderte und auch erhielt, als er an die Erwerbslosen auszahlte. Die Ermittlungen dauern zurzeit noch an. Baumgart wurde dem Danziger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Moorbrand bei Nienburg.

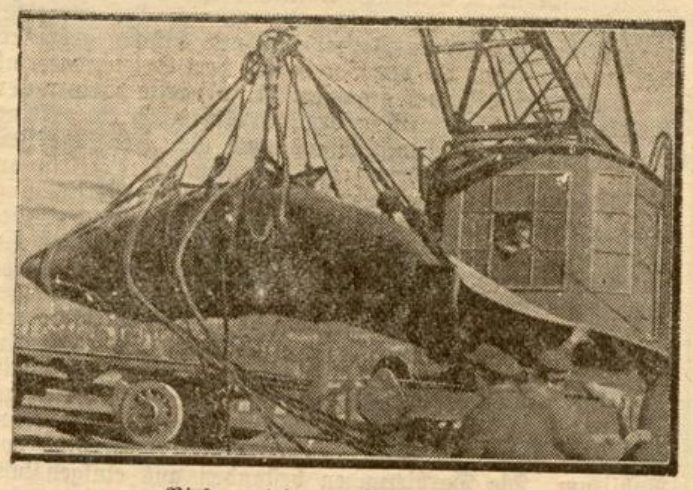
3000 Morgen Heide vernichtet.

Auf dem nordöstlich von Nienburg sich ausbreitenden Lichtmoor brach Feuer aus, das bei der Trockenheit und dem starken Ostwinde mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Obgleich die Bewohner der umliegenden Ortschaften herbeigeeilt waren, um den immer weiterfressenden Flammen Einhalt zu gebieten, blieben die Feuerlöscharbeiten doch erfolglos, so daß man sich darauf beschränken mußte, die Moorgüter und die angrenzenden Waldbestände vor dem Feuer zu schützen. Erst einsetzender Regen brachte den Moorbrand, der schon Tage gedauert hatte, zum Erlöschen. Etwa 3000 Morgen Heideflächen, große Mengen Torf und mehrere Immenschauer sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Große Gartenanlagen in Brand gesteckt.

10 000 Pflanzen vernichtet.

In den in Göttingen neu geschaffenen Anlagen am sog. Luginsland, wurde zu Ostern der gesamte Baumbestand durch einen Brand vernichtet, der offenbar von halbwüchsigen Burschen angelegt worden ist. Der Brand wurde nachmittags entdeckt, aber obgleich sofort die Feuerwehr alarmiert wurde, konnte von dem Bestande nichts mehr gerettet werden. Auf ungefähr 10 Morgen wurde der gesamte Bestand an Laubhölzern, Fichten und Lärchen vernichtet; ungefähr 10 000 Pflanzen wurden durch den Brand getötet. Die hier vor drei Jahren von der Stadtgärtnerei geleistete umfangreiche Arbeit zur Herstellung der Anlagen ist zuschanden gemacht und dadurch ein Schaden in Höhe von rund 2000 Mark verursacht. Der materielle Schaden ist noch gering anzuschlagen gegenüber dem ideellen Nachteil, durch den die Ausgestaltung der neuen Anlagen um 3 bis 4 Jahre hinausgezögert wird. Die Kriminalpolizei ist den Tätern auf der Spur.



Riesenwal in der Elbe gefangen.

In der Unterelbe wurde ein riesiger Walfisch von beinahe neun Metern Länge gefangen. Das 12 000 Pfund schwere Tier wurde von einem Bergungsdampfer nach Hamburg abgeschleppt und dort mittels eines Krans an Land gebracht.

Freitod auf den Schienen.

Vom D-Zug überfahren und getötet.

Auf der Bahnstrecke von Emden nach Norden wurde zwischen den Stationen Emden-West und Hinte Warsweg der in Emden wohnende Malermeister Bertus Santjer vom Schnellzug D 48 überfahren und getötet. Der Getötete hat sich anscheinend in der Absicht, seinem Leben ein Ende zu machen, vor den Zug geworfen.

Zu dem Vorfall wird noch ergänzend gemeldet: Als sich der von Norddeich kommende D-Zug 48 mit einer Geschwindigkeit von 75 Kilometern dem Gut Albringswehr näherte, bemerkte der Lokomotivführer neben den Gleisen einen Mann. Der Führer gab mit der Dampfpfeife Signale, die der Mann jedoch nicht beachtete. Da der Zug nicht mehr angehalten werden konnte, wurde der Mann erfaßt und getötet. Nach dem Eintreffen des Zuges im hiesigen Hauptbahnhof wurde ein Packwagen an die Unfallstelle entsandt, der die Leiche einholte. Es konnten dann die Personalien des Toten als des Malermeisters Bertus Santjer festgestellt werden. Der Verstorbene ist verheiratet und hinterläßt eine Anzahl Kinder. Es ist wahrscheinlich, daß er in einem Anfall von Schwermut den Tod gesucht hat. Santjer muß sich schon längere Zeit auf dem Bahnkörper aufgehalten haben, denn, wie weiter bekannt wird, ist er dort schon früher von einem Bahnwärter fortgewiesen worden. Er hat sich dann hinter einem Strauch verborgen und schließlich die Tat zur Ausführung gebracht.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 29. März.

„Graf Zeppelin" in Friedrichshafen gelandet.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf von seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Die Landung erfolgte in Gegenwart einer großen Zuschauermenge glatt und ohne jeden Zwischenfall trotz ziemlich starken Weststurmes.

Auf der Hochzeitsreise lebensgefährlich verunglückt.

Rostock. Einen tragischen Abschluß fand die nach Bremen geplante Hochzeitsreise des Rostocker Schlossermeisters Lösch. Als dieser in den Ostertagen in schneller Fahrt mit seinem Personenwagen in Schwaan (Bez. Rostock) die Möllerstraße passierte, brach plötzlich der rechte Lenkschenkel. Der Wagen sauste mit einer solchen Gewalt gegen eine Straßenlinde, daß er vollkommen in Trümmer ging. Lösch und seine Frau stürzten aus dem Auto und erlitten sehr schwere Kopf-, Rücken- und Beinverletzungen. In bedenklichem Zustand wurden sie nach Rostock in die Klinik übergeführt.

Unterschlagungen eines Stadtkassenrendanten.

Danzig. Bei einer unvermuteten Revision der Stadtkasse von Neuteich durch Beamte des Danziger Senats stellte es sich heraus, daß der Stadtkassenrendant Wilhelm Baumgart im Laufe der letzten drei Jahre Unterschlagungen in Höhe von etwa 45 000 Gulden begangen hat. Baumgart gibt bis jetzt nur einen Teil der Unterschlagungen zu. Er hat die Veruntreuungen bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen begangen. Baumgart wurde in das Danziger Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Krankenversicherung läßt Tageskasse eines Stadttheaters pfänden.

Troppau (Tschechoslowakei). Da die Beiträge für die Mitglieder des hiesigen Stadttheaters für Januar und Februar nicht bezahlt worden waren, hat die Krankenversicherungsanstalt am Ostermontag nachmittag die Tageskasse des Theaters mit 1500 tschechischen Kronen pfänden lassen.

Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei.

Mährisch-Ostrau. Der kommunistische Werbefeldzug für einen allgemeinen Bergarbeiterstreik, der in Brüx seinen Ausgang nahm, hat auch im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier zu wilden Teilstreiks geführt. Auf sieben Schächten ist die Belegschaft nicht eingefahren. Insgesamt streiken im Mährisch-Ostrauer Gebiet 2000 Arbeiter. Die Gefahr der Ausbreitung der Bewegung ist groß. Im Bilin-Aussiger Gebiet ist es gleichfalls zu Arbeitseinstellungen gekommen. Insgesamt werden jetzt im nordwestböhmischen Grubengebiet 52 Schächte mit fast 20 000 Arbeitern bestreikt.

Selbstmord des Direktors einer rumänischen Kreditbank.

Bukarest. Direktor Weiß von der Kreditbank in Großwardein, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, hat sich in der Nacht erschossen.

Irisches Kabinett stimmt der de Valera-Antwort zu.

Dublin. Das irische Kabinett hat in einer Sondersitzung der von de Valera entworfenen Antwort auf die englische Note bezüglich des Treueides und der jährlichen Entschädigungszahlungen zugestimmt.

Spiel und Sport.

—;? **Halver.** Bekanntlich findet am Sonntag, dem 3. 4. 32 beim Tv. Höh-Lüdenscheid ein **Vereins-Riegenwettkampf im Geräteturnen** zwischen dem Tv. Lüdenscheid-Höh und den Vereinigten Turn- und Spielvereinen Halver e. V. statt. Die Riegen der Vereine bestehen aus 9 Turnern, die am Pferd, Barren und Reck sowie in einer Kürfreiübung ihre Kräfte messen. Diese Art Kämpfe haben in letzter Zeit wieder viele Freunde gefunden und jedesmal eine große Besucherzahl aufzuweisen. Da es sich herausgestellt hat, daß am Sonntag viele Mitglieder der VTSV. Halver e. V. nach Lüdenscheid wollen, um Zeuge dieses Kampfes zu sein, sollen mehrere Autos zur Fahrt darthin und zurück bereitgestellt werden. Es ist daher erforderlich, daß jeder die Anzeige in der heutigen Zeitung beachtet und derjenige, der schnell und billig nach Lüdenscheid und zurück kommen will, sich sofort, spätestens aber bis Freitag, dem 1. 4. 32 in der Turnstunde beim Oberturnwart anmelden läßt.

Aus dem Parteileben.

Der neue Generalsekretär der DVP. Westfalen-Süd.

Der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei in Gießen und Oberhessen, Peter Heinemann in Gießen, wurde von dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneten Dingeldey, zum Generalsekretär der Partei im Wahlkreis Westfalen-Süd berufen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt Karten!

Fritz Welter
Lucie Welter
geb. Jochheim

Vermählte

Halver i. W. — Vogelsang am Ufer

den 31. März 1932.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Familie Wilh. Lemmert.

Im Heede b. Halver.

Biersteuer.

Mit Genehmigung des Kreisausschusses Altena vom 22. 3. 32 ist die Gültigkeitsdauer der Biersteuerordnung der Gemeinde Kierspe vom 31. 10. 30 / 10. 7. 31 bis 31. 3. 1933 verlängert worden.

Kierspe, den 29. März 1932.

Der Gemeindevorsteher.

Ingenieurschule Lage Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenb., Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch. Radiotechnik

Architektur, Tiefbau, Eisenbeton-, Stahlbau, Tonindustrie
Lehrpläne anfordern

Kranken- und Sterbe-Kasse Halver.

Sonntag, d. 3. April, nachmittags 4,30 Uhr
außerordentliche
Haupt-Versammlung
im Lokale Fasbender.

Tagesordnung:
1. Satzungsänderung,
2. Verschiedenes.

Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, so wird auf 5 Uhr eine zweite Versammlung anberaumt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig ist.

Der Vorstand.

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Diejenigen Mitglieder, die den
Riegenwettkampf
zwischen den Vereinen
Lüdenscheid Höh — Halver
besuchen wollen, müssen sich **bis Freitag, den 1. April in der Turnhalle anmelden,** da die Autos bestellt werden müssen.

Der Turnrat.

Sommersaatgerste u. Goldkornsaathafer
hat noch abzugeben:
Albert Herdepe,
Halver.

2 Zimmer-Wohnung
per sofort
zu vermieten.
Paul Husser,
Halver b. Schalksmühle.

Ernst Küch jr.
Forstkulturgeschäft
Elbringhausen bei Kierspe
Fernspr. 667 Amt Meinerzhagen.
Lieferung u. Anpflanzung von in eigenen Kulturen gezüchteten
Nadel- u. Laubhölzer
Prompte Bedienung
Billige Preise.

Geschäftsbücher
aller Art
der Firmen:
Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund
J. C. König & Ebhardt, Hannov.
kaufen Sie zu Originalpreisen bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Taschenuhren
reinigen 2 Mk.,
neue Feder 1.50 Mk.
Wecker
reinigen 1.50 Mk.
Andere Reparaturen ebenfalls billig bei:
Uhrmacher
Brüser, Bollwerk.

Stille Kölner Börse.

Köln, 29. März.

Die Kölner Börse eröffnete außerordentlich still, da man nicht weiß, was die Zukunft bringen wird. Die abwartende Haltung der Börsenkreise will nicht weichen. Auch von der in Kürze beabsichtigten Veröffentlichung der Kurse verspricht man sich keine wesentliche Belebung des Börsengeschäftes. Verstimmend wirkte noch der neue Bericht über die Lage des Kreugerkonzerns. Farben gaben 1 Prozent nach. Montanwerte ½ bis 1 Prozent schwächer. Siemens und AEG. konnten sich behaupten. Kaliwerte gehalten. Der Markt für festverzinsliche Werte war ruhig.

Kölner Butternotierungen vom 29. März.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Verladestation ohne Verpackung für 100 Kilogramm in Reichsmark: 1. Qualität 248, 2. Qualität 238 Tendenz: Ruhig.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 29. März.

(Großhandelspreise für 50 Kilogramm bei Waggonladungen von 15 000 Kilogramm, lose verladen, frachtfrei Kölner Bahnstation.)

Rhein., runde, gelbe Industrie, 1. Qualität 4,00, nordd. lange, gelbe Nieren 4,80, rhein.-hess. und pfälz. Industrie 3,70.

Bonner Schlachtviehmarkt. vom 29. März.

Auftrieb und Preise: 7 Ochsen —, 12 Bullen 40—45, 22 Kühe und Rinder 38—52, 162 Kälber 40—75, 140 Schweine 54—57. Marktverlauf: Großvieh langsam, Ueberstand; Bullen kaum verkäuflich. Kälber und Schweine mittelmäßig.

M.-Gladbacher Viehmarkt vom 29. März.

Auftrieb: Kühe 44, Färsen 3, Kälber 8, Schweine 212. Preise: Schweine c) 45—47, d) 44—47. Geschäftsgang: Schweine langsam, voraussichtlich geräumt.

Mäßig beschickter Kölner Hauptmarkt.

Köln, 29. März.

Der Hauptmarkt war, wie dies nach den Feiertagen vorauszusehen war, sehr mäßig beschickt. Immerhin aber entsprach die Zufuhr einigermaßen der geringeren Nachfrage. Die Händler, die ihren Bedarf auf dem Kölner Markt zu kaufen pflegen, scheinen sich vor den Ostertagen so eingedeckt zu haben, daß heute noch genügend Vorräte vorhanden sind. Auch sah man fast keine auswärtigen Aufkäufer. Außerordentlich still war es in der Markthalle. Kurz vor 7 Uhr befand sich auf dem Geflügelmarkt nicht ein einziger Kauflustiger. Auch an den Fischständen blieb es ruhig. Auf dem Gemüsemarkt war eigentlich nur Spinat begehrt, der zu Beginn des Marktes 13—15, gegen 8 Uhr 18—20 Mark der Zentner kostete. Für den ersten jungen Sauerampfer wurden 2 Mark das Pfund verlangt. Feldsalat kostete 25 bis 65, Rosenkohl 12—18, Grünkohl 4—5, Kettensalat 50—60, Karotten 6—8, Zwiebeln 14—16, Möhren 4—6 Pfennig das Pfund. Kartoffeln, Industrie 4—4,50, Nieren 5,60, blaue 7,60, rote 8,50 Mark der Zentner. Molkereibutter 1,35 bis 1,44, Landbutter 130—135 Mark das Pfund. Eier 7—9 Pfennig das Stück.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 29. März.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 71 Kg.	25.60	Weizenkl.	10.25—11.50
Weizen, ausl.	31,50—32,75	Roggenkl.	9.75—10,25
Roggen, rhein. 66—67 Kg.	21,25	Biertreber	12,00—12,75
Rg., rh. neu E.	—	Leink. 38 Pr.	13,25—13,50
Roggen, ausl.	21,50—22,50	Erdnußkm. 50 Prz.	13,50 13,75
Hafer, hiesiger	16.00—17.00	„ 54 „	14,50—14,75
Hafer, nordd.	17,25—18,25	Sojaschr. 46 Prz.	13,25—13.75
Hafer, ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	9,25
F.-Gerste, ausl.	17,50—18.00	Palmkernk. los.	12,00—12,50
W.-Gerste, inl.	17.75—18,25	Trockenschn. l.	7,50— 8,00
S.-Gerste, inl.	18.25—19,00	Zuckerschn. los.	9,50— 9,75
Mais, grober	16,25—18,00	Rohmelasse	7,25— 7,75
Mais kleiner	18,25	Wiesenheu, inl. lose neu	4,80—5,20
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	35,55	gepreßt	
Rhein. Weizenbäckermehl m. Auslandswz.	37.55	Kleeheu inl. lose neu	6,30— 7,30
Roggenmehl 70 Prz.	29,50—30,00	gepreßt	
70 Prz. m. ausländ. Roggen	30.50	ausländischer Roggenstr. gepr. neu	2,90— 3,10
Roggenschrot, inländisches	25,50	Weizenstr. gepr. neu	2,70— 2,90
ausländisch.	25.75	Haferstroh gepreßt	2,60— 2,80

(brutto mit Sack)

Stimmungsbericht: Inländisches Brotgetreide war mangels Abgaben etwas höher; alles andere wenig verändert.